

Gastkommentar

Hartz IV muss reformiert werden Die richtigen Anreize schaffen

Kurt J. Lauk

Der jetzt vollzogene Bruch der Sozialdemokraten mit Gerhard Schröders Reformagenda führt ins arbeitsmarktpolitische Abseits. Der vorgeschlagene Verzicht auf jegliche Vermögensprüfung könnte im Extrem dazu führen, dass Multimillionäre bei Arbeitslosigkeit Hartz IV bekommen - finanziert durch die Steuern des einfachen Arbeiters. Was soll daran gerecht sein, wie die SPD behauptet? Im europäischen Vergleich ist das heutige Schonvermögen von bis zu 250 000 Euro pro Ehepaar bereits ein Spitzenwert. Ganz abgesehen davon werden unvertretbare Mehrausgaben in Höhe von 14 Milliarden Euro für das Gesamtpaket der SPD fällig.

Insgesamt sind rund 40 Millionen Bürger staatliche Leistungsträger, und das ist fast jeder zweite Deutsche. Die systemische Überalimentierung der einen Hälfte der Bevölkerung erzwingt immer neue Staatsverschuldung. Es ist wichtig, dass wir endlich erkennen: Mehr soziale Gerechtigkeit lässt sich nicht mit noch mehr Geld erkaufen. Die gegenwärtigen Hartz-IV-Regelungen verleiten eher zum Nichtstun. Für viele macht es wirtschaftlich mehr Sinn, von einem illegalen Kombi-Einkommen aus Hartz IV, Schwarzarbeit und Minijob zu leben, als eine Vollzeittätigkeit anzunehmen. Das ist die Folge von verheerenden Fehlanreizen der aktuellen Hinzuverdienstregeln.

Wer wie die Sozialdemokraten und Gewerkschaften Unternehmen zwingen möchte, einen Lohn zu zahlen, der am Markt nicht zu erwirtschaften ist, der sorgt dafür, dass viele Menschen bald überhaupt keine Beschäftigung mehr bekommen. Der von DGB und SPD geforderte gesetzliche Mindestlohn von 8,50

Euro bedroht nach einer aktuellen Studie des Ifo-Instituts 1,2 Millionen Arbeitsplätze. Staatshaushalt und Sozialkassen würden zusätzlich mit sechs Milliarden Euro belastet. Dabei läuft Hartz IV schon heute aus dem Ruder. Seit der Einführung 2005 sind die Ausgaben um 6,5 Mrd. Euro auf insgesamt 45 Mrd. Euro angestiegen. Und das, obwohl die Zahl der Leistungsempfänger konstant geblieben ist.

Ein weiterer trauriger Rekord in der Hartz-IV-Geschichte ist die Klageflut an deutschen Gerichten. Sie hat sich seit 2005 mehr als verdreifacht. Gegen kein anderes Sozialgesetz wird in Europa so oft geklagt. Allein im vergangenen Jahr gab es 830 000 Widersprüche gegen Hartz-IV-Beschide. Kein Wunder, denn Prozesse vor Arbeits- und Sozialgerichten kann jeder Bedürftige kostenfrei führen. Selbst bei einem Streitwert von 730 Euro kann man monatelang die Gerichte beschäftigen. Deshalb fordert der Wirtschaftsrat eine Geringfügigkeitsschwelle für Streitwerte und eine zumindest teilweise Beteiligung der Klagen an den Kosten, wenn ein Prozess verloren geht.

Die Steuerzahler haben ein Anrecht darauf, dass der Staat die Anreize für Solidaritätsleistungen so setzt, dass möglichst wenig und nicht möglichst viel davon in Anspruch genommen wird. Es kann nicht sein, dass viele Langzeitarbeitslose mit Hartz IV mehr bekommen, als sie in einem normalen Job ohne Hartz IV verdienen würden. Das sind keine Einzelfälle, sondern in vielen Berufssparten ist dies leider bittere Realität. Der Fleißige darf nicht länger der Dumme sein!

*Der Autor ist Präsident
des CDU-Wirtschaftsrates.*

forum@welt.de